

ÖSTERREICHISCHE VERWALTUNGS WISSENSCHAFTLICHE BLÄTTER

Zeitschrift für Verwaltungswissenschaften – Ausgabe 03/2013

Herausgeber: Dr. Manfred Matzka – Dr. Theodor Thanner – Dr. Mathias Vogl – Mag. Gregor Wenda, MBA

Sehr geehrte Leserinnen und Leser!

Das Thema der diesjährigen ÖVG-Herbsttagung – „Öffentlichkeit und Transparenz in der Verwaltung“ – scheint derzeit eine besondere Konjunktur zu erleben.

Die offen gebliebene Neuregelung bzw. Umkehrung der Amtsverschwiegenheit ist in unserem Land gerade auf Grund der noch nicht entschiedenen „Aktenlage“ nach wie vor – und weiterhin – interessant. Die Diskussion darüber wird sich mit Sicherheit noch intensivieren, sobald Entwurfstexte der kommenden Bundesregierung vorliegen. Aber auch in deutschen Bundesländern, nahezu überall, wo man dies anspricht, gibt es Neuregelungen, Planungen, Einzelentscheidungen, strategische Diskussionen, die weithin noch gar nicht dokumentiert sind und damit der wissenschaftlichen Bearbeitung harren. Und auf Ebene der EU wird sich ein ziemlich langer Problemkatalog ergeben, wenn die Umsetzung der Neuerungen in der PSI-Richtlinie und der neue Rechtsrahmen für den Datenschutz zu implementieren sind; vielleicht ist es da sogar möglich, Fragen der Offenheit der Europäischen Institutionen zu diskutieren bzw. diese weiterzuentwickeln.

Dass es sich hier um ein nicht nur mit juristischem Zugang zu bearbeitendes Thema handelt, versteht sich von selbst. Natürlich stehen Rechtsfragen zum Amtsgeheimnis, zur parlamentarischen Interpellation, zum Grundrecht auf Meinungsfreiheit, zum Datenschutz und zu den Grenzen subjektiver Rechte auf der Agenda; daneben geht es aber auch ganz wesentlich um Fragen der Organisation der Verwaltung, der Kommunikationsbeziehungen zwischen Staat und Bürger, des Open Government, der öffentlichen Dienstleistung, der institutionellen Governance, des Wissensmanagements,



Dr. Manfred Matzka

der privaten Verwertung öffentlicher Güter und der (neuen) Rolle des Verwaltungspersonals. Die Verwaltungswissenschaft ist dazu berufen und in der Lage, in diesem Bereich fundierte, objektivierte und solide Grundlagen zu liefern. Es wäre zu hoffen, dass die Politik auf diese rekurrieren will.

Dr. Manfred Matzka
Präsident der ÖVG



Distanz und Nähe

Anmerkungen zu Defiziten, Problemen und Herausforderungen der Verwaltungsforschung in Österreich

Von Peter Biegelbauer, Christoph Konrath und Benedikt Speer

„Verwaltungsstaat“, „politisierte Verwaltung“ oder „Dominanz von Regierungen und Kabinetten“ sind in Österreich verbreitete Allgemeinplätze. „Der lange Schatten des Staates“, mit dem Ernst Hanisch seine österreichische Gesellschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts betitelt hat, ist längst zum Synonym für die bestimmende Stellung staatlicher, staatsnaher und staatstragender Institutionen in Österreich geworden (Hanisch 1994). Umso erstaunlicher ist es daher, dass eine tiefere politische- und sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung mit Verwaltung, ihren inneren Abläufen und ihrem Verhältnis zur Politik in Österreich weitgehend fehlt. Mit ihnen befassen sich traditionell nur – und im jeweils eingeschränkten Blickfeld der Methoden und (persönlichen) Möglichkeiten – Juristen und Angehörige der Verwaltung.

1. Bestandsaufnahme

„Verwaltungslehre“ ist in Österreich traditionell eine Juristendomäne, und der Kreis jener, die sich mit ihr befassen, ist überschaubar und hat sich im Laufe der letzten Jahrzehnte nur wenig verändert (vgl. Holzinger ua. 2006; Wimmer 2010). Demgegenüber haben „Public Management Studies“ in Österreich insbesondere im Bereich der Betriebswirtschaftslehre begonnen, Fuß zu fassen (vgl. Bauer/Dearing 2013). Wenngleich dieser Gruppe ein hoher Einfluss zugeschrieben wird, bleibt auch sie recht klein. Darüber hinaus sind beide Gruppen, die sich mit Verwaltung und ihrer Entwicklung befassen, und die in diversen Institutionen und Fachvereinigungen organisiert sind, nur wenig untereinander vernetzt und folgen ihren Interessen weitgehend abgeschottet voneinander.

Beide, Verwaltungslehre und Public Management Studies, interessieren sich primär für die Verwaltung selbst. Sie schauen auf Organisationsprinzipien, Verfahren und Abläufe und nehmen Politik – noch in einem

ganz allgemeinen Sinn – zumeist nur am Rande als eine der zu berücksichtigenden Umfeldbedingungen von Verwaltung wahr. Das Führungsprimat der Politik im demokratischen Rechtsstaat wird nie angezweifelt, aber es lässt sich augenscheinlich oft schwer integrieren. Das wird etwa dann deutlich, wenn die unterschiedlichen Rationalitäten von „kurzfristigem politischen“ und „langfristigem administrativen“ Handeln beklagt werden. Ebenso wird es offensichtlich, wenn neue Instrumente wie Kontraktmanagement, strategische Steuerung oder Controlling- und Berichtswesen, nicht „in der Politik ankommen“.

Verwaltungslehre und Public Management Studies betrachten in Österreich nur einzelne Aspekte von Verwaltungshandeln. Sie werden dadurch selten von Angehörigen der Verwaltung als relevant für ihr Tun wahrgenommen, noch fallen sie im internationalen wissenschaftlichen Diskurs auf. Die tatsächliche Komplexität der Praxis und der Beziehungen in der Verwaltung und zwischen ihr und der Politik erschließt sich ihnen nicht und systematische Zugänge fehlen weitgehend. Wenn es Versuche dazu gibt, dann sind sie in der Regel aus einem Zusammenspiel persönlicher Erfahrungen und der Rezeption von Forschungsergebnissen anderer Länder erfolgt.

Auffallend ist, dass auch zur ersten Generation österreichischer Politikwissenschaftler vor allem Juristen zählen oder ihr nahestehen. Heinrich Neisser, Manfred Welan, Heinz Fischer oder Raoul Kneucker haben immer wieder – und zum Teil sehr bemerkenswerte – Anläufe zur Beschreibung und Erfassung des Verhältnisses von Politik und Verwaltung versucht (z.B. Fischer 1974, Neisser 1974, Welan 1996). Daneben hat Eva Kreisky in den 1970er und 1980er Jahren eine Reihe empirischer Studien zu Themen der Verwaltungskultur, der Demokratisierung von Verwaltung sowie Feminismus und Verwaltung durchgeführt (Kreisky 1986). Seit Mitte der 1980er



Jahre verflachte die Auseinandersetzung mit Verwaltung aber zusehends. Ein Indikator dafür ist das Standardwerk „Das Politische System Österreichs“ (Fischer 1974). Während die Beiträge zur Verwaltung in den Auflagen der 1970er und 1980er Jahre noch annähernd 80 Seiten umfassten, reduzierten sie sich im Nachfolgewerk, „Politik in Österreich“, ab den 1990er Jahren auf einen einzelnen Beitrag von Neisser, der nicht mehr als 11 Seiten umfasst (Neisser 2006). Seit Ende der 1990er Jahre sind zwar eine Reihe neuerer Arbeiten in der österreichischen Politikwissenschaft zum Thema Verwaltung erschienen, aber auch diese Befunde bleiben punktuell (Müller 2007, Biegelbauer/Mayer 2008, Biegelbauer/Grießler 2009, Gratz 2011). Empirische und systematische Studien internationalen Standards fehlen weiterhin.

2. Kennzeichen

Vor diesem Hintergrund lassen sich drei Kennzeichen der wissenschaftlichen Befassung mit Verwaltung in Österreich formulieren: Verengung, Distanz und Nähe.

Verengung erfolgt personell, indem sich traditionell primär Juristen mit Verwaltungsfragen befassen. Im Kontext österreichischer Juristenausbildung und des juristischen Diskurses geht mit ihr eine konzeptionelle und methodische Verengung einher, die wenig Einlasspunkte für sozial- und politikwissenschaftliche Forschung bietet oder für diese uninteressant bleibt.

Distanz prägt die akademische Auseinandersetzung an den juristischen Fakultäten, die kaum weiß, wie Verwaltung tatsächlich passiert und funktioniert. Distanz prägt aber auch die Verwaltung, in der Wissen und Können implizit durch Tun und nicht primär durch Nachlesen angeeignet werden. Distanz muss daher häufig auch jene prägen, die als Angehörige der Verwaltung wissenschaftlich tätig sein wollen.

Nähe tritt als prägendes Element zur Distanz. Gerade weil Verwaltungsangehörige Teil des Systems und kraft ihrer Position auch sehr nah an politischen Entscheidungsträgern sind, können sie sich oft nur in bestimmter Weise äußern. Auch „können“ hat hier eine Doppelbedeutung. Es betrifft zum einen die Kompetenz, sich ausdrücken und vermitteln zu können. Wenn die eigene Vorprägung eine juristische ist, wirkt sich das auch auf

Gestalt und Darstellung wissenschaftlicher Arbeit aus. Sie sind von juristischen Perspektiven geprägt und beantworten jene Fragen, die von daher vordringlich scheinen. Vieles andere muss man dann – quasi als vorausgesetztes Wissen im ohnehin beschränkten Adressatenkreis – gar nicht erwähnen. „Können“ bezieht sich aber auch auf „dürfen“: immer geht es auch darum, was jene, die aktiv Teil haben, vor dem Hintergrund von Amtsverschwiegenheit und Nähe zur Politik sagen dürfen und überhaupt sagen sollen. Aber auch Wissenschaftler können eine solche Nähe aufweisen. Viele von ihnen sind als Gutachter und Berater tätig. Sie nehmen also eine aktive Rolle nicht nur in Rechtsfragen, sondern auch in Entwicklungs- und Reformprozessen ein.

3. Veränderungen

Die österreichische Bundes-, Landes- und Gemeindeverwaltung hat sich in den letzten 25 Jahren unter dem Eindruck von Europäisierung und der graduellen Übernahme betriebswirtschaftlicher Organisations- und Steuerungsinstrumente sehr verändert (vgl. Eberhard ua. 2006). Das schließt einen Bedeutungsrückgang rechtlicher Handlungsformen und juristisch geprägter Führung und Perspektivenentwicklung ein. Es betrifft aber auch die Rechtsentwicklung und die Rechtsgrundlagen von Verwaltung. Signifikant scheinen vor allem die Veränderungen, die aus dem neuen Bundeshaushaltsrecht folgen (werden) und neue Formen der Rechtssetzung und Regulierung durch unabhängige Behörden und Regulatoren.

Zugleich hat die Politisierung der Verwaltung zugenommen, indem sie nicht auf „Parteipolitisation“ im engeren Sinne oder die Problematik (und offensichtlich zunehmende Spannung) des Verhältnisses zwischen politischer Führung und Linienorganisation beschränkt werden kann. Politisierung umfasst auch andere Fragestellungen wie die Einbindung von Verwaltung in die Konzeption und administrative Durchführung politischer Arbeitsprogramme oder die bewusste Beeinflussung von Politik durch Verwaltung. Deutlich tritt sie im Bereich des Umgangs mit Expertenwissen und den Anforderungen an Partizipation in der Verwaltung hervor.

Zu den zentralen Problemen von Verwaltungsrecht und Verwaltungshandeln zählt



seit langem die zunehmende Komplexität und Binnendifferenzierung der Gesellschaft und das damit einhergehende Angewiesensein auf Expertenwissen. Das Verhältnis von Amtsautorität und Sachautorität, das ein traditionelles Verständnis von Verwaltung prägt, klafft dabei immer weiter auseinander. Hier soll der wachsende Zugriff auf wissenschaftliche Expertise abhelfen, deren Funktion von der Bestätigung bereits zuvor getroffener Entscheidungen unter Ausnutzung der Glaubwürdigkeit von Wissenschaft bis hin zu Bereitstellung von Wissen zur Ausarbeitung von politischen Maßnahmen reicht. Damit stellen sich aber Fragen danach, wer was auf welcher Wissensgrundlage macht, Entscheidungen vorbereitet und Verantwortung trägt. Zugleich geht es um die Frage nach den Bedingungen, unter denen wissenschaftliche Expertise möglichst nutzbringend sein und Lernprozesse in Politik und Verwaltung beeinflussen kann.

Die Problematik von Amts- und Sachautorität stellt sich ebenso im Kontext von Partizipation, die Akzeptanz sowohl von politischen Entscheidungen als auch von Verwaltungshandeln erhöhen soll. Die Verwaltung ist mit Partizipationsverfahren vorrangig im Zusammenhang mit Umweltverträglichkeitsprüfungen, Anraineranhörungen und Mediation konfrontiert, wobei auch hier die Erklärung der großen politischen Zusammenhänge zunehmend in den Vordergrund rückt (z.B. UVP-Verfahren im Rahmen der Schaffung neuer Energiekorridore und deren Auswirkungen auf die Energiepolitik der Europäischen Union).

4. Defizite

Zu kaum einem dieser Themenkomplexe liegen allerdings – jedenfalls soweit ersichtlich – bislang empirisch belastbare Daten zu

Mechanismen, vor allem aber zu Ausmaß und Wirkungen der verschiedenen Formen von Politisierung vor, auch wenn diese Verwaltungsinsidern häufig aus persönlicher Anschauung und der informierten Öffentlichkeit über die Medien als Phänomene zumindest punktuell bekannt sind.

Diese Situation ist aus akademisch-intellektuellen Gründen unbefriedigend, weil ein wesentlicher Faktor des österreichischen politischen Systems, die Verwaltung, als blinder Fleck bestehen bleibt. Wir verfügen nur über wenige wissenschaftlich abgesicherte Erkenntnisse über die Unterschiede zwischen rechtlich festgelegten Normen und Rollenbildern auf der einen Seite und täglich gelebter Verwaltungspraxis auf der anderen Seite.

Diese Situation ist darüber hinaus für die Fortentwicklung der österreichischen Demokratie schädlich, weil ein wissenschaftlich fundierter Blick auf das Verhältnis zweier zentraler Akteursgruppen des politischen Systems, Politikern und Verwaltungsbediensteten, ungeklärt bleibt. Wenn es so ist, dass eine der Aufgaben der Politikwissenschaft darin liegt, einen unabhängigen und kritischen Blick auf die Prozesse politischer Systeme zu werfen, um diese bei ihrer Weiterentwicklung zu unterstützen (König 2010), dann kann insbesondere der österreichischen Politikwissenschaft vier Jahrzehnte nach ihrer Gründung im Hinblick auf die Erforschung der Rolle der Verwaltung im österreichischen politischen System insgesamt kein gutes Zeugnis ausgestellt werden. Aber auch die anderen hier diskutierten Disziplinen, Verwaltungslehre, Rechtswissenschaft und Public Management Studies, haben Defizite in der Analyse der Verwaltung vorzuweisen. Es wird daher einer gemeinsamen Kraftanstrengung bedürfen, um diese Situation nachhaltig zu verändern.

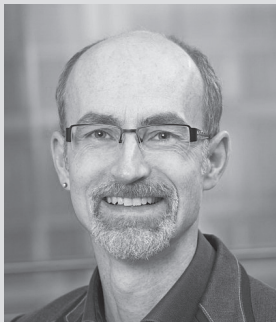
Bibliografie:

- Bauer, H. und Dearing, E., Hg. (2013). *Bürgernaher aktiver Staat*. Wien, Verlag des ÖGB.
- Biegelbauer, P. und Griebler, E. (2009). „Politische Praktiken von MinisterialbeamtInnen im österreichischen Gesetzgebungsprozess.“ *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 38(1): 1–19.
- Biegelbauer, P. und Mayer, S. (2008). „Regulatory Impact Assessment in Austria: Promising Regulations, Disappointing Practices.“ *Critical Policy Analysis* 2(2): 118–142.
- Eberhard, H., Konrath Ch., Trattnigg, R. und Zleptnig St. (2006). „Governance – zur theoretischen und praktischen Verortung des Konzepts in Österreich.“ *Journal für Rechtspolitik* 2006 14: 35–60.
- Fischer, H., Hg. (1974). *Das Politische System Österreichs*. Wien, Europaverlag.
- Gratz, W. (2011). *Und sie bewegt sich doch: Entwicklungstendenzen in der Bundesverwaltung*. Wien, Graz, Neuer Wissenschaftlicher Verlag.



- Hanisch, E. (1994). 1890–1990: Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert. Wien, Ueberreuter.
- Holzinger, G., Oberndorfer, P. und Raschauer, B., Hg. (2006). Österreichische Verwaltungslehre, 2. Auflage. Wien, Verlag Österreich.
- König, T. (2010). Die Geschichte der Disziplin Politikwissenschaft im Verhältnis zu österreichischer Forschungspolitik und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Steuerung von Wissenschaft? Die Governance des österreichischen Innovationssystems. P. Biegelbauer. Innsbruck/Bozen/Wien, Studienverlag: 223–257.
- Kreisky, E. (1986). Bürokratie und Politik: Beiträge zur Verwaltungskultur in Österreich. Wien, Habilitation.
- Müller, W. C. (2007). The Changing Role of the Austrian Civil Service: The Impact of Politicisation, Public Sector Reform, and Europeanisation. From Directive to the Enabling State. E. C. Page and V. Wright. Houndmills, Basingstoke, Palgrave: 38–62.
- Neisser, H. (1974). Die Rolle der Bürokratie im Regierungsprozeß. Das politische System Österreichs. Fischer, H. Wien, Europa Verlag: 233–269.
- Neisser, H. (2006). Verwaltung. Politik in Österreich. Das Handbuch. Dachs, H., Gerlich, P., Gottweis H. et al. Wien, Manz: 201–212.
- Welan, M. (1996). Republik der Mandarine? Ein Beitrag zur Bürokratie- und Beamtenrechtsdiskussion. Wien, Institut für Wirtschaft, Politik und Recht, Universität für Bodenkultur.
- Wimmer, N. (2010). Dynamische Verwaltungslehre, 2. Auflage, Wien, Springer.

Die Autoren



Peter Biegelbauer



Christoph Konrath



Benedikt Speer

Dr. Peter Biegelbauer ist Senior Scientist am Austrian Institute of Technology (AIT).

Dr. Christoph Konrath, MSc ist Leiter der Abteilung Parlamentswissenschaftliche Unterstützung und Koordination der Parlamentsdirektion.

FH-Prof. Dr. Benedikt Speer ist Programmleiter und Professor für Public Management an der Fachhochschule Kärnten.

Neues aus dem IIAS



Das österreichische Mitglied des „Council of Administration“ des Internationalen Verwaltungswissenschaftlichen Institutes (IIAS), GD Dr. Theodor Thanner, wurde von der Generalversammlung im Juni 2013 für den Zeitraum von 2013 bis 2016 wiedergewählt. Die „Österreichischen Verwaltungswissenschaftlichen Blätter“ gratulieren ihm dazu herzlich!

Theodor Thanner



Publications

IRAS: International Review of Administrative Sciences

IRAS is an international peer-reviewed journal devoted to academic and professional public administration. Founded in 1927 it is the oldest scholarly public administration journal specifically focused on comparative and international topics. IRAS seeks to shape the future agenda of public administration around the world by encouraging reflection on international comparisons, new techniques and approaches, the dialogue between academics and practitioners, and debates about the future of the field itself.

IRAS is the official journal of the International Institute of Administrative Sciences (IIAS), the European Group of Public Administration (EGPA), the International Association of Schools and Institutes of Administration (IASIA) and the Commonwealth Association of Public Administration and Management (CAPAM). IRAS is published in three different language editions – English, French and Mandarin Chinese.

The IRAS is online at: <http://ras.sagepub.com/content/current>. Further information is available under journals@sagepub.com

Veranstaltungshinweise

2013 Annual Conference of EGPA – Edinburgh (Scotland)

The 2013 EGPA Annual Conference is organized in collaboration with the University of Edinburgh. It runs from 11 to 13 September and is preceded by a doctoral symposium on 9–10 September 2013.

MED – Marseille (France)

The Sixth Euro-Mediterranean Dialogue of Public Management will take place in Marseille (France) from 7 to 9 October 2013 on the theme: „Cultures for change, changes through Culture“.

IIAS Annual conference 2014 – Ifrane (Morocco)

The Congress will take place at Al Akhawayn University in Ifrane. The Ministry of Public Service and the Ministry of the Interior will be involved in organizing the event. The Organizing Committee has decided on the theme: “Responsibility and accountability in local government: what role for human capital”.

2014 Annual Conference of EGPA – Speyer

Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften, 8 to 13 September 2014

Nähere Informationen zu weiteren Veranstaltungen finden sich im Internet unter <http://www.iias-iisa.org/e/service/calendar/Pages/default.aspx>

DIE ÖSTERREICHISCHE
VERWALTUNGSWISSENSCHAFTLICHE GESELLSCHAFT
LÄDT EIN ZUR

HERBSTTAGUNG 2013

„Öffentlichkeit und Transparenz in der Verwaltung“

**5./6. September 2013,
St. Pölten, Landhaus, St. Leopoldsaal, Haus 1A**



PROGRAMM HERBSTTAGUNG

1. TAG – Donnerstag, 5. September 2013 | Beginn: 13.00 Uhr

Begrüßung Ing. Hans Penz, *Landtagspräsident, Niederösterreich*
SC Dr. Manfred Matzka, *Präsident der ÖVG*

Key Note: „Öffentlichkeit und Transparenz – ein Trend geht durch Europa“
Dr. Philipp Müller, *Academic Dean, University of Salzburg Business School*

Modul 1: Open Data

Glanz ist noch kein Gold: Von Open Data zu Open Government
Univ.-Prof. Dr. Dennis Hilgers, *Universität Linz*

Data.gv.at – Offene Daten Österreichs:
Beispiele aus Bund, Ländern und Gemeinden
Dr. Gregor Eibl, *MSc, Bundeskanzleramt*

Modul 2: Rechtliche Ausgestaltung

Anforderungen an ein künftiges Informationspflichtgesetz
Univ.-Prof. Dr. Rudolf Feik, *Universität Salzburg*

Durchsetzung des Rechts auf Zugang zu amtlicher Information;
Transparenz in gerichtlichen Verfahren
Dr. Hedwig Unger, *Verfassungsgerichtshof*

Datenschutzrechtliche Grenzen für die Transparenz öffentlicher Verwaltungen
Univ.-Prof. Dr. Andreas Janko, *Universität Linz*

Abendempfang des Bürgermeisters von St. Pölten

2. TAG – Freitag, 6. September 2013 | Beginn: 9.00 Uhr

Modul 3: Ausgewählte Einzelbereiche

Medientransparenzgesetz
Dr. Florian Philapitsch, *LL.M., KommAustria*

Politische Transparenz und Transparenzdatenbank
Univ.-Doz. Dr. Peter Bußjäger, *Institut für Föderalismus*

Umsetzungsfragen der neuen PSI-Richtlinie
MR Mag. Georg Konetzky, *Bundesministerium für Wirtschaft, Familie u. Jugend*

Konsumentenschutz: Behördliche Kontrollergebnisse im Spannungsfeld von
Transparenz und Amtsverschwiegenheit
Mag. Johann Maier, *Abg. zum Nationalrat, Arbeiterkammer Salzburg*

Transparenz in der Wirtschaft – am Beispiel der Banken
Dr. Roland Berger, *Bank Austria*

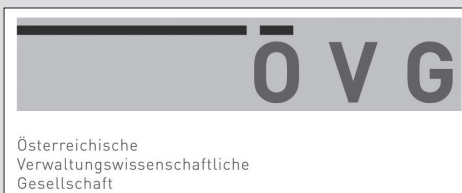
Schlussworte

Ende: 13.00 Uhr

Anmeldungen unbedingt erforderlich!
Tel.: +43 (0)1 53126 DW 2220 oder 2221
E-Mail: oevg@gmx.at



Österreichische
Verwaltungswissenschaftliche Gesellschaft
p.A. Bundesministerium für Inneres
Rechtssektion
A-1014 Wien, Herrengasse 7
Telefon: 01 – 53126 – 2220
<http://www.oevg.info>
E-Mail: oevg@gmx.at



Werden Sie Mitglied der Österreichischen Verwaltungswissenschaftlichen Gesellschaft – ÖVG.
Der Mitgliedsbeitrag beträgt 21 Euro pro Jahr.



Beitrittserklärung:

Ich erkläre meinen Beitritt zur Österreichischen Verwaltungswissenschaftlichen Gesellschaft – ÖVG

Name/Funktion: _____

Adresse: _____

E-Mail: _____

Unterschrift: _____

Bitte senden Sie die Beitrittserklärung entweder mit E-Mail an oevg@gmx.at oder an Monika Lang, p.A.
Bundesministerium für Inneres, Herrengasse 7, 1014 Wien.



Impressum:

Die Österreichischen Verwaltungswissenschaftlichen Blätter (ÖVwBl) sind ein Informationsmedium der Österreichischen Verwaltungswissenschaftlichen Gesellschaft (ÖVG) für ihre Mitglieder – ZVR: 164880580

Im Sinne der Meinungsvielfalt stellt das .SIAK-Journal diese Seiten der ÖVG zur Formulierung ihrer Standpunkte zur Verfügung. Der Inhalt dieser Seiten muss sich daher nicht unbedingt mit den Ansichten der Redaktion des .SIAK-Journals decken.

Chefredakteur: Univ.-Prof. Dr. Harald Eberhard, E-Mail: harald.eberhard@wu.ac.at

Redaktion: Dr. Theodor Thanner, E-Mail: oevg@gmx.at

FOTOS: HBF, Wenda, Privat